

«Gottfried Keller würde SVP wählen»

Wie weltfremd ist die Oppositionspolitik der SVP? Weshalb wurde das Thema Nationalbank still und heimlich fallengelassen? Ist die SVP so konsequent, wie sie behauptet?

Ein Streitgespräch mit Chefstrategie Christoph Blocher. *Von Roger Köppel und Nathan Beck (Bilder)*

Kein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaften aus Europa. Jetzt taumelt noch Italien. Erleben wir den Zusammenbruch der Europäischen Union?

Nein, aber als Folge der Fehlkonstruktion gewisse Zerfallserscheinungen. Die EU versucht insbesondere den Euro zu retten. Bankrotte Staaten werden unterstützt und gezwungen zu sparen. Weil bezahlt wird, werden sie es nicht tun. Die EU entwickelt sich zur Transferunion, und die Steuerzahler müssen bluten.

Alarm auch aus den USA. Wir haben es mit einem Himalaja von Schulden zu tun, Zahlungsunfähigkeit droht. Worauf stellen Sie sich ein?

Die USA sind schon lange überschuldet. Heute drucken sie Geld, und ihre Schulden werden durch den tiefen Dollar abgewertet. Die USA und die Europäer werden meines Erachtens so nicht vom Fleck kommen. Inflation und soziale Spannungen werden die Folge sein. Das krankhafte Festhalten an der Fehlkonstruktion Euro könnte dazu führen, dass die EU langsam zerbröckelt. Bereits häufen sich die Alleingänge der Staaten. Die Dänen schliessen wieder die Grenzen und weisen die kriminellen Ausländer generell und automatisch aus. Italien und Griechenland halten das Dublin-Abkommen nicht mehr ein. Die Franzosen setzen Schengen und Dublin mit Italien still ausser Kraft. Frankreich und Deutschland regeln allein übers Wochenende das Griechenland-Problem – die anderen haben nachzubeten. Die EU-Kommission sekundiert.

Durch die verschärfte Schulden- und Euro-Situation wächst der Druck auf die Schweiz. Sie haben den starken Franken wiederholt als Stahlbad bezeichnet. Man müsse die Zähne zusammenbeissen und durch. Viele Exporteure finden Ihre Ratschläge reichlich arrogant.

Es sind keine Ratschläge, sondern Tatsachen. Ich will den Exportunternehmern etwas Mut machen und zeigen, dass die Schweiz immer wieder solche Währungsentwicklungen im Laufe der Jahre durchstehen musste. Wir mussten den Dollarzerfall von 4 Franken 30 auf 85 Rappen meistern. Natürlich: Die Schnelligkeit der Kursentwicklung ist ein Problem. Es gibt kurzfristig Währungseinbussen, und der starke Franken erhöht das Kostenniveau

der Schweiz für die Exporteure. Also heisst die Devise: Kostensenkung auf allen Stufen. Das gilt auch für den Staat: Ich denke hier an Energie, Transporte, Auflagen, Gebühren, Steuern, Abgaben, bürokratische Kosten etc. Heute ist der starke Franken Ausdruck des Vertrauens in die schweizerische Wirtschaft, die zurzeit überhitzt ist. Sie wird sich abkühlen, und der Franken wird wieder schwächer werden.

Die grosse Kampfzone für Sie ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Sie werfen der politischen Klasse vor, die Schweiz an die EU zu verhökern. Wenn man sich in Bern unter den Angeschuldigten umhört, sagen die: «Blocher und die SVP sind weltfremd, geradezu verrückt.»

Augen und Ohren genügen, um zu sehen und zu hören, was im Bundeshaus abläuft. Es ist Wahljahr, deshalb gehen alle auf Distanz zur EU, nachdem gemäss Meinungsumfragen über 80 Prozent der Schweizer

«Das krankhafte Festhalten am Euro könnte dazu führen, dass die EU langsam zerbröckelt.»

Abstand zur EU haben wollen. Trotzdem liegt das EU-Beitrittsgesuch der Schweiz in Brüssel. Einen Rückzug lehnen Verwaltung, Bundesrat und die Mitte-links-Mehrheit ab. Weil sie dadurch in Brüssel sagen müssten: «Hier stehen wir als Schweizer Vertreter, und das Volk will nicht, dass wir der EU beitreten, darum ziehen wir das Gesuch zurück!» Mit dem Gesuch sagt man Brüssel das Gegenteil: «Wir wollen schon kommen, aber etwas später, das seht ihr ja am Beitrittsgesuch!»

Wäre ein Rückzug des Beitrittsgesuchs für Sie ein Grund, Ihre Vorwürfe zurückzunehmen?

Es wäre zumindest ein kleiner Tatbeweis für eine Aussage: «Die Schweiz kann und will nicht beitreten!» Das Misstrauen wäre natürlich damit nicht ausgeräumt. Meine vier Jahre im Bundesrat genügten. Ich sah mit eigenen Augen, wie blind man der EU immer nachgibt, wie man EU-Funktionären alle Wünsche von den Lippen abgelesen hat und weiter abliest, um sie zu erfüllen. Ich hatte den Eindruck, dass der Bundesrat die Schweizer Interessen ausschliesslich durch die europäische Brille betrachtete. Vom Beitrittsziel wagt man zwar – aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung – nicht zu

sprechen. Darum spricht man verharmlosend und vernebelnd von «neuen Modellen». Deren Decknamen heissen «Bilaterale III», «Rahmenvertrag», «neue Mechanismen» und dergleichen mehr. Damit verdeckt man, dass die EU der Schweiz ihr künftiges Recht aufzwingen will, ohne dass die Stimmbürger etwas zu sagen hätten.

Der von Ihnen oft kritisierte Staatssekretär Michael Ambühl, ein Befürworter des Rahmenvertrags, hält dagegen, dass die Unabhängigkeit der Schweiz gesichert, nicht geopfert werde. Man wolle nur die bilateralen Beziehungen vereinfachen.

Für ihn ist es sicher einfacher, wenn man das EU-Recht ohne Volksbefragung übernimmt. Nur ist das das Gegenteil von staatlicher Unabhängigkeit.

Der Bundesrat beteuert das Gegenteil. Man wolle auf keinen Fall die automatische Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz, wie auch Aussenministerin Calmy-Rey kürzlich betonte.

Die plötzlichen Argumentationswechsel vor den Wahlen machen stutzig. Vergleichen Sie die zahlreichen politischen Erklärungen der letzten zwölf Monate, und lesen Sie auch zwischen den Zeilen. Institutionell gibt es mit der EU nichts zu verhandeln und zu regeln! **Die EU sagt, es gebe keine weiteren Verträge mit der Schweiz, solange die institutionellen Fragen nicht gelöst seien.**

Wer zur Schweiz steht, kann hier nur eine freundliche Antwort geben: «Wir bedauern, dann gibt es keine weiteren Verträge.» Diesen Zustand hatten wir bereits 1992 bei der EWR-Abstimmung. Auch damals wurde erklärt, bei einem Nein gebe es keine bilateralen Verträge mehr. Es gab seither zu viele!

Studien zeigen, dass die SVP vor allem dank dem Feindbild EU so massiv zulegte. Sie haben ein gewaltiges Interesse, das Thema am Köcheln zu halten. Sie müssen den Bundesrat als Euro-Turbo-Verein darstellen, auch wenn es der Realität nicht entspricht.

Wir müssen nichts «darstellen». Wer etwas durch den Nebel und die «Sprechregeln» leuchtet, sieht den Zustand. Aber zunächst: Reduzieren Sie die SVP nicht auf dieses Thema allein. Die SVP kämpft an vielen Fronten. So haben wir zum Beispiel alle Steuer-, Abgaben- und Gebührenerhöhungen in der letzten Legislatur bekämpft. Leider sind wir zu oft unterlegen. Den Schweizern werden in diesem Jahr 4,2 Milliarden mehr Steuern und



«Wer durch den Nebel leuchtet, sieht den Zustand»: SVP-Vizepräsident Blocher, Juli 2011.

Abgaben aufgebrummt, gegen den erbit-
terten Widerstand der SVP.

**Dennoch: Sie stilisieren die EU-Frage
wahltaktisch hoch, dabei will doch nie-
mand mehr in die EU.**

Das Thema für die SVP heisst nicht EU,
sondern die Wahrung der schweizerischen
Souveränität. Es ist das wichtigste Anlie-
gen, der laufenden Unterwanderung der
Souveränität Einhalt zu gebieten. Wenn
die Schweiz nicht mehr souverän ist, kön-
nen die Schweizer nicht mehr bestimmen.
Leider hat die Schweiz bereits Handlungs-
fähigkeit aus der Hand gegeben: durch
Schengen, Dublin und die Personenfrei-
zügigkeit, zum Beispiel. Wir haben die
Grenzen weitgehend abgeschafft, was die
Kriminalität erhöht. Die Schweiz zahlt
Kohäsionsgelder an die EU, obwohl die
Schweiz nicht Mitglied ist. Die Schweiz
beteiligt sich über den Internationalen

**«Würde Bern die Schweiz als
unabhängigen Staat anerkennen,
könnte ich mich zurückziehen.»**

Währungsfonds IWF mit zweistelligen
Milliardenbeträgen an der europäischen
Pusch- und Schuldenwirtschaft, anstatt
durch eine mutige Gegenposition ein Zei-
chen zu setzen. Die Schweizer zahlen an
diese Aktion des IWF pro Kopf mehr als
alle anderen Länder.

**Sie haben Anfang Jahr den Notenbank-
Präsidenten Philipp Hildebrand heftig
kritisiert und seinen Rücktritt gefordert.
Heute hört man nichts mehr. Warum
haben Sie das Thema fallengelassen?**

Wir haben gar nichts fallengelassen. Meh-
rere unserer parlamentarischen Vorstösse
harren der Beantwortung, aber wir kom-
men nicht durch. Bundesrat und Parla-
ment mauern. Niemand will die Kritik hö-
ren. Hinter vorgehaltener Hand geben uns
alle recht. Die Banken aber müssen still
sein, weil sie sonst von der Nationalbank
und der Finanzmarktaufsicht noch mehr
gegängelt werden. Finanzministerin
Widmer-Schlumpf ist das bundesrätliche
Sprachrohr Hildebrands. Schliesslich
heisst es, die Nationalbank sei unabhän-
gig, was sie ja für ihre Aufgabe auch ist. Sie
ist unabhängig, um ihren Auftrag zu erfül-
len: Geldversorgung und Preisstabilität zu
sichern. Sie ist unabhängig, das zu tun,
was sie muss, und auch, um das zu tun, was
sie will! Währungsspekulationen gehören
nicht zu den Kernaufgaben.

Offenbar machen Sie zu wenig Druck.

Wir stehen mit unserer Kritik allein. Auf-
klärung ist wichtig. Es herrscht organisierte
Verantwortungslosigkeit in Bern. Das darf
doch nicht sein, dass in der Schweiz unge-

Blocher über ...

... Zinserhöhungen

Die Nationalbank müsste die Zinsen erhö-
hen. Sie redet von einer Immobilienblase,
aber sie unternimmt nichts dagegen. Ich
vermute, Nationalbank-Präsident Hilde-
brand zögert, weil er Angst hat, eine Zins-
erhöhung würde den Franken noch mehr
stärken und die Milliardenverluste seiner
Euro-Spekulationen weiter in die Höhe
treiben. Allerdings: Ich glaube nicht, dass
der Frankenkurs nach einer Zinserhö-
hung stiege. Die Europäische Zentralbank
(EZB) erhöhte zweimal die Zinsen, doch
der Euro wurde nicht stärker.

... den Zeitgeist

Die Ära der schweizerischen Selbstzweifel
neigt sich nach zwanzig Jahren ihrem
Ende zu. Die Zweifel, ob die Schweiz zu
klein und überhaupt lebensfähig sei, ha-
ben einer breiten Zustimmung zu den be-
währten Schweizer Stärken Platz ge-
macht. Man sieht, dass Grossgebilde, sei es
in der Wirtschaft, sei es in der Politik, nicht
funktionieren.

... die EU als Freihandelszone

Wäre die EU eine Freihandelszone, wäre
die Schweiz bereits Mitglied. Wir haben
eine ältere Beziehung zu den EU-Staaten



«Zu viel Opportunismus»: Sarkozy, Merkel.

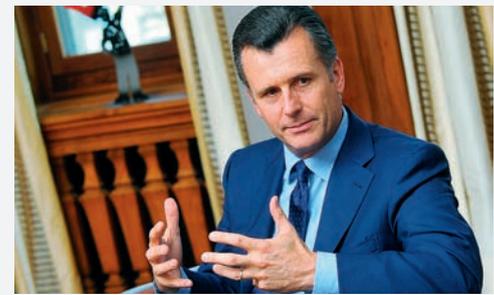
als viele EU-Staaten zueinander. Wir wol-
len einfach keine institutionelle Bindung
an die EU.

Überfremdung

Dieses Wort brauche ich nie. Ich war gegen
die Überfremdungsinitiative von Schwar-
zenbach in den siebziger Jahren, aber ich
war für Grenzen, für eine kontrollierte
Zuwanderung. Damals war auch die Wirt-
schaft weitsichtig und für Kontrolle und
Kontingente, weil es noch mehr Unter-
nehmer gab, die über das Tagesgeschäft
hinaussahen.

Angela Merkel

Man merkt bei Frau Merkel, dass sie aus
der DDR stammt. Sie hat das Liberal-Frei-
heitliche nicht mit der Muttermilch auf-
gesogen. Ich zweifle an ihrem Stehvermö-
gen. Hier ist zu viel Opportunismus im



«Zinsen erhöhen»: Philipp Hildebrand.

Spiel, wie man bei ihrer Kehrtwende in der
Energiepolitik gesehen hat.

... Nicolas Sarkozy

Er ist vielleicht keine Windfahne, aber si-
cher ist er nicht ein Politiker, der sehr in
die Tiefe geht. Für ihn steht wohl eher die
Krönung der eigenen Karriere im Vorder-
grund, weniger das Wohl der Nation, für
die man Blut, Schweiß und Tränen ver-
giesst.

... den Niedergang des Freisinns

Die Freisinnigen haben sich in den letzten
zwanzig Jahren so weit nach links geöff-
net, dass sie viele traditionelle, liberale,
konservative Wähler mit starkem Schweiz-
Bezug verloren haben. Mittlerweile kann
sich die FDP drehen und wenden, wie sie
will, sie kann es niemandem recht ma-
chen. Die Freisinnigen müssten richtig ge-
führt werden und wieder zu einem Pro-
gramm stehen, wenn sie das noch können.

... Erinnerungen an die Zeit als Bundesrat

Ich habe das Gefühl, ich hätte vier Jahre
lang eine Zwangsjacke angehabt. Nach
ausen hin musste ich oft Positionen ver-
treten, die nicht meine eigenen waren. Das
war schwierig.

... die Abwahl

Die Abwahl traf mich, weil ich ein Pro-
gramm vor Augen hatte, das ich durchset-
zen wollte. Es gab Momente damals, in de-
nen ich den Bettel hinwerfen wollte, aber
ich merkte, dass man mich nicht aus dem
Bundesrat, sondern eigentlich aus der Po-
litik hatte werfen wollen. Und diesen Ge-
fallen wollte ich meinen Gegnern nicht
tun. Heute kann ich freier und gelöster
politisieren. Mein Einfluss ist dadurch
grösser, als wenn ich noch in der Regie-
rung sässe.



«Ich hatte ein Programm»: Blochers Abwahl.

straft derartige Fehler passieren, wie die Fehleinkäufe der Nationalbank auf den Devisenmärkten. Hildebrand ist wegen dieser Fehlspekulationen nicht mehr in der Lage, seinen Kernauftrag zu erfüllen und zum Beispiel die Zinsen anzuheben. Ich bleibe dabei: Philipp Hildebrand ist nicht mehr tragbar. Und die Gesetzgebung muss solche Eigenmächtigkeiten einschränken. Die parlamentarischen Vorstösse sind platziert.

Stellt man ab auf die Rhetorik der SVP, müsste die Schweiz einer wirtschaftlich verödeten Kraterlandschaft gleichen. Tatsache ist aber, dass es dem Land nach wie vor recht gut geht.

Die Schweiz steht im Vergleich zum Ausland gut da, denn unter den Blinden ist auch der Einäugige König. Der Hauptgrund lautet: Dank Volksentscheid ist die Schweiz nicht Mitglied der EU, und durch die direkte Demokratie sind Schulden und Steuern tiefer. Mitte-Links will aber die direkte Demokratie, die schweizerische Souveränität und Neutralität unterminieren oder gar zerstören. Als man mit dem EWR/EU-Beitritt auflief, wurde der Bilateralismus ausgerufen – aber nicht zur Wahrung der Unabhängigkeit. Das Motiv blieb der Beitritt, darum kein Rückzug des Beitritts-gesuches. Die Schweiz hat nicht bessere Politiker, aber die bessere Staatsform. Diese will Mitte-Links ändern, ohne es offen zu sagen.

Die SVP schoss monatelang gegen den Bundesrat, weil er gegenüber ausländischen Bankkunden das Bankkundengeheimnis lockerte. Namentlich die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wurde von der SVP als Kapitalverbrechen angeprangert. Heute sehen wir: Der Weltuntergang fand auch hier nicht statt. Die Banken sind weiterhin stark.

Die Unterscheidung Steuerbetrug/Steuerhinterziehung muss bleiben, sonst kann die Schweiz mit der Selbstdeklaration abfahren. Was heisst hier «Weltuntergang»? Man hat Falsches auch dann zu verhindern, wenn das Falsche nicht im Untergang endet. Natürlich geht die Schweiz nicht unter, wenn die Steuern und Abgaben, wie in diesem Jahr, um 4,2 Milliarden Franken angehoben werden, aber eine vierköpfige Familie hat 2000 Franken weniger und der Einzelne 500 Franken weniger. Das bekämpft die SVP – unabhängig davon, ob die Welt untergeht oder nicht. Wir setzen uns für das Bankgeheimnis ein, weil es um den Schutz der Privatsphäre geht – bei den Kunden, nicht bei den Banken.

Wie gross ist Ihrer Meinung nach der konkrete wirtschaftliche Schaden, der durch die Lockerung des Bankkundengeheimnisses entstanden ist?

Das Bankkundengeheimnis ist nicht aufgegeben worden – auch nicht gegenüber Ausländern. Aber der Grundsatz der doppelten Strafbarkeit. Die Schweiz verliert an Rechtssicherheit, wenn man ausländische Bankkunden über Nacht und gegen frühere Abmachungen auf einmal ausländischen Steuerbehörden ausliefert. Die Rechtssicherheit war bisher eine grosse Qualität der Schweiz. Nun will Bundesrätin Widmer-Schlumpf weitere Zugeständnisse machen, obwohl dies nicht einmal von der OECD gefordert wird. Misstrauen ist höchste Pflicht.

Der Bundesrat nennt seine Strategie gegenüber der EU «proaktiv». Man gibt nach, um etwas dafür zu bekommen. Die SVP macht aus der Sicherheit der Opposition heraus auf Beton. Ihre Kritiker nennen das weltfremd und verantwortungslos. Die SVP wolle ihr Publikum in den Alpentälern zufriedienstellen.

Diese Überheblichkeit ist mir bekannt. Etwas alpentälerische Widerstandskraft gegenüber dem Ausland könnte in der Bundesverwaltung nicht schaden! Als internationaler Unternehmer kenne ich die Welt. Natürlich muss man in Verhandlungen oft etwas geben, um etwas zu bekommen. Die Frage aber lautet: Mit welchem Ziel steige ich in die Verhandlungen ein? Was ist das Ziel der Schweiz? Doch wohl, die Stärken der Schweiz zu wahren. Die Berner Eliten kennen aber das Wesen und die Stärke der

«Diese Überheblichkeit ist mir bekannt. Die Berner Eliten sind fasziniert vom EU-Einheitsbrei.»

Schweiz nicht mehr. Sie sind fasziniert vom EU-Einheitsbrei. Den Sonderfall der Schweiz belächeln sie in arroganter Weise. Sie sägen am Ast, auf dem die Schweizer sitzen. Ich habe es im Bundesrat erlebt: Ziel und Zweck aller Verhandlungen mit der EU war nicht die Sicherung der Schweizer Unabhängigkeit, sondern man war schon zufrieden, wenn man die Ziele der EU nur zu 99 Prozent erfüllen musste. Die EU erhielt es in der Regel, ohne etwas zu geben.

Sie verbreiten Rezepte des Kalten Kriegs, als die Schweiz ihre Unabhängigkeit viel leichter wahren konnte, weil sie damals von zwei rivalisierenden Machtblöcken profitierte. Heute hat es die Schweiz schwerer, denn sie ist von Freunden umzingelt, die sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Ist Ihre absolute Unabhängigkeitspolitik noch zeitgemäss?

In guten, friedlichen Zeiten laufen Unternehmen und Staaten Gefahr, die eigenen Stärken zu vergessen. Persönlichkeit und Widerstandskraft nehmen ab. «Es ist nichts schwerer zu ertragen als eine Reihe guter Ta-

ge.» Oberster Grundsatz einer weisen Führung ist es, sich auf die schlechten Tage vorzubereiten. Und: Eine Konstante gibt es in der 700-jährigen Geschichte der Schweiz. Die Schweiz stand stets unter Druck ausländischer Staaten. Lassen wir für einmal die Schlachten des Mittelalters beiseite, die ja alle Folgen ausländischer Druckversuche waren. Nehmen Sie die jüngere Geschichte: Schon Napoleon brachte nicht nur Brüderlichkeit und Gleichheit, sondern er führte vor allem den Berner Goldschatz nach Paris. Auch die moderne Schweiz von 1848 wurde von sämtlichen europäischen Monarchien verspottet, bedroht und unter Druck gesetzt. Man wollte die freiheitliche, demokratische Schweiz nicht. Es gibt Parallelen zu heute.

Die Schweiz ist heute stärker einem einheitlichen Druck ausgesetzt als in jenen Zeiten, die Sie heraufbeschwören.

Ja woher! «Längst schon ist es dagewesen!» Auch die Ursache des Drucks ist deckungsgleich: Neid, Missgunst, Habgier. Zu allen Zeiten werden Politiker schnell zu Dieben, die den Leuten unter wohlformulierten Vorwänden das Geld aus der Tasche ziehen. Kontrolle der Politiker ist darum höchste Bürgerpflicht. Und Staaten, die kein Geld mehr haben, werden schnell zu Raubrittern. Darum ist Widerstand meist wichtiger als Anpassung. Aber ich weiss ja: Ganz ohne Anpassung geht es nicht. Aber hier kommen wir zum Kern: Die EU-Gläubigkeit in Bern hat eben sehr viel damit zu tun, dass unserer politischen Führung in Bern das elitäre Denken in Brüssel gut gefällt. Das Undemokratische zieht an. Die direkte Demokratie ist für die Elite eine Belastung, eine lästige Kontrolle, eine Begrenzung der Macht. Darum wird nicht nur die direkte Demokratie unterlaufen durch die EU-Annäherung. Man will auch schwammiges internationales Völkerrecht leichtfertig vor das demokratisch gesetzte Recht stellen. Aber der Wind dreht: So einsam wie in den neunziger Jahren ist man im Kampf für die Schweiz nicht mehr. Die Jugend sehnt sich wieder nach der Schweiz. Es ist wieder anständig und salonfähig, zur Schweiz zu stehen.

Kürzlich veröffentlichte Economiesuisse ein Papier, in dem gezeigt wird, dass die EU mehr Interesse an neuen Verträgen habe als umgekehrt die Schweiz Interesse an neuen Verträgen mit der EU. Wir haben dieses Papier mit EU-Experten aus dem Finanzdepartement besprochen. Fazit: Die Darstellung von Economiesuisse sei lachhaft, die Schweiz habe ein viel grösseres Interesse an Verträgen mit der EU als die EU an Verträgen mit der Schweiz. Nur Grössenwahnsinnige und die SVP würden das Gegenteil behaupten.

Typisch! Notfalls bezeichnet man die Interessen der EU als unsere eigenen. Ich stelle

die Gegenfrage: Wer wollte uns denn die Kavallerie schicken wegen gewisser schweizerischer Sonderregelungen? Wer will die Anpassungen im Bankkündengeheimnis? Wer verlangt laufend neue Anpassungen an neue OECD-Regeln? Wer will von der Schweiz Geld, Geld und nochmals Geld? Wer redet von institutionellen Bindungen und Akzeptanz europäischer Gerichte? Die EU soll von uns nichts wollen? Für wie dumm kann man die Leute denn halten?

Die SVP kritisiert ihre Gegner als heimatmüde, aber auch Sie ziehen Ihre Positionen nicht durch. Als der Bundesrat damals nachgab beim Bankgeheimnis, stiegen Sie auf die Barrikaden. Das war's dann aber auch schon. Gegen die Doppelbesteuerungsabkommen ergriff die SVP kein Referendum. Sie knickten ein.

Wir haben diese Abkommen im Parlament geschlossen bekämpft und abgelehnt. Zwar wurde nicht das Bankkündengeheimnis preisgegeben, aber der Grundsatz der doppelten Strafbarkeiten. Solche die Ausländer betreffenden komplizierten internationalen Steuer- und Rechtshilfeverfahren eignen sich nicht für Volksentscheide.

Das sind Schutzbehauptungen. Man hat von Ihnen noch nie gehört, ein Gegenstand sei zu kompliziert fürs Volk.

Es ist aber so! Doppelbesteuerungsabkommen eignen sich nicht für direktdemokratische Entscheide.

Trotzdem entstand der Eindruck, dass Ihnen der Kampf fürs Bankgeheimnis nicht so ernst war, wie Sie vorgaben.

Sollte dieser Eindruck entstanden sein, wäre dies bedauerlich. Wir kamen zum Schluss, dass mit über zwanzig Doppelbesteuerungsabkommen der direktdemokratische Weg überfordert wäre. Wir kämpfen ohne Wenn und Aber fürs Bankkündengeheimnis, das ja bis heute nicht aufgehoben wurde, auch nicht gegenüber Ausländern.

Einen schwerverständlichen Slalomkurs führen Sie auch bei der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien. Damals verzichteten Sie auf ein Referendum, heute wollen Sie die Personenfreizügigkeit neu verhandeln oder gar künden. Hand aufs Herz: Sie wollten sich vor zwei Jahren durch Ihren Kuschkurs eine Hintertüre für den Bundesrat offenhalten.

Nein. Ich sah einfach, dass durch die hinterhältige Verknüpfung zweier Vorlagen, nämlich der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien einerseits und der Weiterführung der bisherigen, auf die alten Staaten beschränkten Personenfreizügigkeit, eine Abstimmung kaum möglich ist. Niemand kann zwei

verschiedene Fragen mit einer Antwort beantworten. Da kann man nur verlieren. Was dann auch passiert ist!

Würden Sie heute dagegen abstimmen lassen?

Ich bin entschieden der Meinung, dass man die Personenfreizügigkeit anpassen muss. Die EU-Staaten sind ja selber der Meinung, dass man das tun sollte. Vor allem müssen wir die Kontrolle der Zuwanderung wieder in die Hände bekommen. Wir müssen wieder handlungsfähig werden in der Ausländerpolitik. Sobald eine Rezession kommt, werden die schlechten Folgen der Personenfreizügigkeit noch deutlicher zutage treten.

Alle Berner Diplomaten, die mit der EU zusammenarbeiten, halten Ihre Idee für falsch. Eine Neuverhandlung würde zu einer Kündigung der Bilateralen führen, was die Schweiz schwer schädigen würde.

Auch hier wieder: Bevor man überlegt, nimmt man Partei für den Verhandlungsgegner. Diese Untergangssarien höre ich seit

«Diese Untergangssarien höre ich seit 20 Jahren. Oh, wie wurden wir Schweizer bedroht damals.»

20 Jahren. Oh, wie wurden die Schweizer bedroht, damals bei der EWR/EU-Abstimmung! «Die Schweiz wird verarmen, wenn sie nicht dem EWR beitrifft!» Das Schweizervolk hatte damals die Kraft, nein zu sagen. Das ist der Grund, warum die Schweiz besser dasteht. Wir wären heute in der EU, hätten die Schweizer damals ja gesagt!

Wie soll denn die Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit konkret aussehen?

Man erklärt, dass die Personenfreizügigkeit zu viele Probleme schaffe und die Schweiz deshalb den Vertrag ändern möchte. Wie man dies bei jedem Vertrag macht, mit dem man nicht zufrieden ist. Die Europäer würden bei uns selbstverständlich arbeiten können, aber es braucht eine erteilte Arbeitsbewilligung für die Einreise, Karenzfristen, Ventilklauseln und so weiter.

Können wir riskieren, dass die EU die Bilateralen integral kündigt?

Anpassen ist das Ziel. Nicht Kündigung. Aber allenfalls müsste eine Kündigung in Kauf genommen werden. Die Interessen der EU an der Aufrechterhaltung der Verträge sind viel grösser als die der Schweiz.

Führende Diplomaten in Bern sagen, die Schweiz werde sich nicht gegen den Wunsch der EU stemmen können, automatisch EU-Recht zu übernehmen.

Schon wieder: die Antwort der Anpasser. Wenn wir die Unabhängigkeit wollen, werden wir sie auch behaupten. Erfreulich ist: Der Wille zur Unabhängigkeit der Schweiz nimmt in der Bevölkerung zu. Doch oben

stemmt man sich noch dagegen. Die Gefahr aber ist real, dass eine Mitte-links-Regierung installiert wird, die die Schweiz schwächt und preisgibt. Dagegen tritt die SVP entschieden an.

Wie lautet Ihre Gegenstrategie?

Die SVP muss die Wahlen gewinnen. Und weil die SVP für die Konkordanz ist, sind wir bestrebt, einen zweiten Sitz im Bundesrat zu bekommen. Dann hoffen wir durch Einfluss in der Regierung und in der Verwaltung die Preisgabe der Schweiz zu verhindern. Wenn es nicht gelingt, die starken schweizfeindlichen Bestrebungen der Mitte-links-Koalition in Bundesrat und Parlament zu verhindern, ist der institutionelle Anschluss mittels Referendum durch Volksabstimmungen zu stoppen. Das dürfte erfolgreich sein.

Hat die SVP eigentlich einen Geheimplan, wie sie die ungeliebte Eveline Widmer-Schlumpf aus dem Bundesrat hebeln will?

Sie ist die Bundesrätin der Linken und der CVP. Diese müssen mit ihr fertig werden. Wird sie wiedergewählt, so ist die Konkordanz durch Mitte-Links gebrochen. Die Folgen dürften weittragend sein – vor allem für Mitte-Links.

Sie haben mehrfach dementiert, jemals wieder in den Bundesrat gehen zu wollen. Das glaubt Ihnen niemand. Wenn man Sie rief, würden Sie gehen.

Die Frage, ob ich das Amt annehmen würde, wenn man mich gegen meinen Willen wählte, stelle ich mir nicht. Ich sage nur, es wäre falsch, wenn ich in den Bundesrat eintreten würde.

Warum?

Weil bei den grossen Auseinandersetzungen, die auf uns zukommen in den nächsten vier Jahren, meine Einsitznahme im Bundesrat ein Hindernis zur Stärkung der Schweiz wäre.

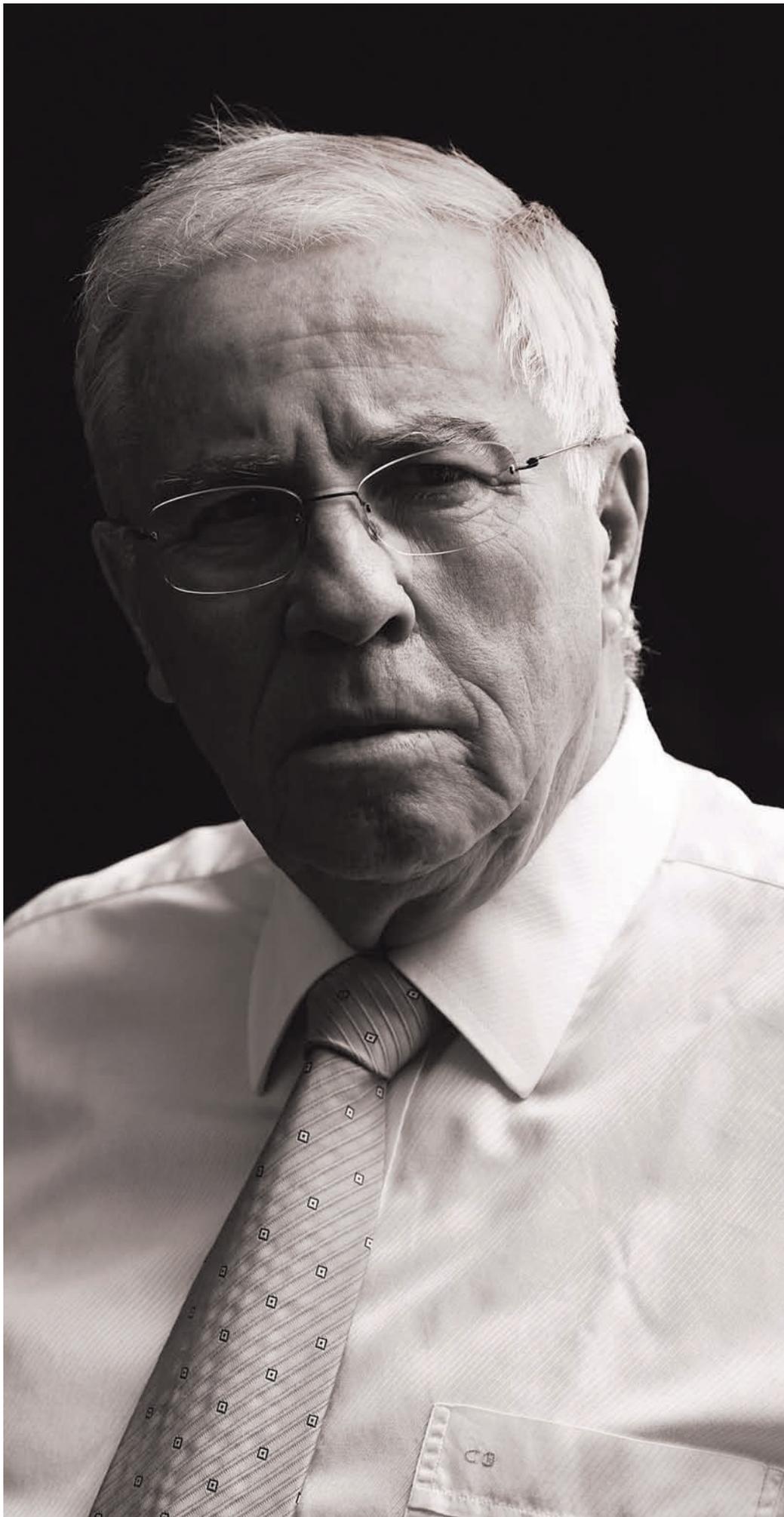
Ist das subtile Tiefstapelei, um das künftige Parlament einzuseifen?

Wissen Sie, ich muss vor der Wiederwahl keine Angst haben: Das Parlament will mich erwiesenermassen nicht im Bundesrat haben.

Sie fordern deshalb neuerdings die Volkswahl des Bundesrats. Das erstaunt: Blocher, der Freund der Machtbrechung und der Demokratie, möchte eine stärkere Zentralregierung?

Sind die heute vom Volk gewählten kantonalen Regierungsräte etwa Monarchen? Heute besteht eine klügelhafte Mausehelei zwischen Bundesrat und Parlament. Die Gewaltenteilung ist nur theoretisch. Der Bundesrat nimmt heute nicht auf die Bürger, sondern aufs Parlament Rücksicht, denn er muss vom Parlament gewählt werden.

Der Bundesrat würde durch Ihre Rezepte mächtiger.



«Aus solchen Anwürfen spricht nicht mehr der nüchterne Verstand»: Blocher, zu Hause in Herrliberg.

Nein, aber weniger vogelfrei gegenüber den betroffenen Bürgern. Er ginge wohl nicht mehr nach Brüssel, um sich für Volksentscheide zu entschuldigen, wie dies Frau Widmer-Schlumpf bei den Minaretten oder Frau Sommaruga bei der Ausschaffungsinitiative getan haben. Der Souverän ist für den Bundesrat nicht das Volk, sondern das Parlament. Das muss ändern.

So würde das Parlament geschwächt.

Nein. Das Parlament könnte endlich den Bundesrat kontrollieren. Es täte dies aus einer übergeordneten Distanz. Es wäre eine Aufwertung des Parlaments und eine Verbesserung der Gewaltentrennung.

Im freisinnigen Lager schwellen beim Namen Blocher nach wie vor die Halsschlagadern an. Man bezeichnet Sie als totalitär, nationalistisch und wirtschaftsfeindlich. Das kann Sie nicht freuen.

Aus solchen Anwürfen spricht nicht mehr der nüchterne Verstand. Sie sind Ausdruck von Neid, Missgunst, verletzter Eitelkeit, aber auch Verzweiflung einer Partei, die leider viel verloren hat. Das aber ist nicht unser Fehler. Die SVP hat das liberal-konservative Erbgut, das uns früher mit den andern bürgerlichen Parteien verbunden hat, durchgezogen. Die CVP hat sich nach ganz links, die FDP nach halblinks verabschiedet. Die CVP, aber auch die FDP haben sich so stark nach links geöffnet und sich zu oft gegen die Schweiz gewendet. Wer Wahlen verliert, sollte den Fehler nicht beim Konkurrenten suchen.

Friedrich Dürrenmatt schrieb, die Schweiz werde sich auflösen wie ein Stück Zucker im Tee. Wann ist es so weit?

Wenn Mitte-Links sich durchsetzt und es gelingt, die direkte Demokratie auszuschalten, trifft Dürrenmatts These vielleicht zu. Aber das Schöne an unserer 720-jährigen Geschichte ist, dass es immer wieder Leute gab, die solches verhindert haben, auch wenn es stets Kräfte gab, die eine Auflösung vorantrieben.

Sie hoffen, wie Sie einmal gesagt haben, nur noch vier Jahre gebraucht zu werden. Erleben wir Blochers letzte Legislaturperiode?

Ich bin hochmotiviert, aber ich muss nicht mehr in der ersten Reihe stehen. Mein grosser Vorteil ist die reiche politische Erfahrung. Die nächsten vier Jahre können für die Schweiz entscheidend sein. Die SVP muss durchhalten. Es braucht uns alle! Nach den Wahlen wird die Obrigkeit ins alte Fahrwasser zurückfallen, dann ist Gegensteuer gefragt. Mit der Unabhängigkeit, mit der direkten Demokratie, mit der Neutralität und dem Kampf gegen die Gefrässigkeit des Staates lässt sich nicht spassen. Ich bin heute so weit wie Gottfried Keller, als er 1841 schrieb: Wer nicht klar für die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz eintritt, ist kein richtiger Schweizer. Gottfried Keller würde SVP wählen! (lacht) ○